

Aufnahmen des Weltraumteleskops Hubble und Bilder zerklüfteter Mars-Landschaften zieren immer öfter die Titelseiten der Zeitungen – die Astronomie zieht viele Menschen in ihren Bann. In den meisten Schulen jedoch spielt das Fach kaum eine Rolle. Allein in den neuen Bundesländern lebt noch eine DDR-Tradition fort: Hier wird Astronomie auch an allgemeinbildenden Schulen unterrichtet. Überrascht zeigten sich vor vier Jahren die Lehrer in Sachsen, als das Kultusministerium beschloss, das beliebte Fach zu streichen und von 2007 an einen Teil der Inhalte auf andere Fächer zu verteilen. Weder Protestbriefe noch Expertenanhörungen haben die Politiker bisher umstimmen können.

Nun regt sich erneut Widerstand: Mehr als hundert Professoren fordern

Verhangener Himmel

Abschaffung des Schulfachs Astronomie löst Proteste aus

in einem Brief die Landesparlamente auf, Astronomie als reguläres Unterrichtsfach für alle Schüler in Deutschland einzuführen. Befürworter des Faches betonen den für Pädagogen reizvollen interdisziplinären Charakter der Astronomie. Sie vereint Aspekte der Kulturgeschichte, der Philosophie, Theologie, Physik und Technik.

„Die Astronomie leistet zur Entwicklung eines komplexen wissenschaftlichen Weltbildes bei den Schülern einen wesentlichen Beitrag“, heißt es in einem Lehrplan-Gutachten von Klaus-Günter Steinert, einem emeritierten

Professor der Technischen Universität Dresden. Der Plan zur Auflösung des Unterrichtsfaches entstand als Reaktion auf die erste Pisa-Studie. Das sächsische Kultusministerium begründet seine Entscheidung mit dem Argument, eine fächerverbindende und -übergreifende Vermittlung astronomischer Inhalte fördere das vernetzte Denken der Schüler. Dem widersprechen mehrere wissenschaftliche Gutachten, die für den Erhalt der Astronomie plädieren.

In den vergangenen vier Jahren gab es immer wieder Proteste von wissenschaftlichen Organisationen, Lehrern,

Elternverbänden und dem Landesschülerrat. Im April dieses Jahres wurden im sächsischen Landtag noch einmal neun Gutachter gehört, von denen sich sieben für den Erhalt des Faches aussprachen – unter ihnen waren auch zwei Gutachter, die die Regierungsparteien CDU und SPD bestellt hatten.

Im Kultusministerium sieht man indes weiter keinen Grund, die Entscheidung zu revidieren. Die Unterzeichner des neuen Protestbriefes geben nicht auf und zitieren die Einschätzung der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG): „Ein sehr positives Beispiel für die öffentliche Bildung“ sei der Astronomie-Unterricht in einigen der neuen Bundesländer, lobt die DFG. Dieser Unterricht sei „ein Beispiel, welches im wahrsten Sinne des Wortes Schule machen sollte“. THOMAS BÜHRKE